

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1918

152 (24.12.1918)

Er erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugs-Preis
mit dem wöchentlich erscheinenden
Anteil. Verkündigungsblatt
durch die Post bezogen
monatlich 62 Pfennig
am Posthalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unseren Aussträger
frei ins Haus gebracht
monatlich 70 Pf.

Geschäftszeit 1/28-7, Samstags
bis 6 Uhr. Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die
Zeile (42 mm breit) 25 Pfg.
bei Platzvorschrift 30 Pfg.
im täglichen Teil (87 mm
breit) 60 Pfg. an erster Stelle
70 Pfg. Bei Wiederholung
tariflicher Rabatt, der bei
Nichtenthaltung des Zieles,
bei gerichtlichen Betreibungen
und bei Konkursen außer
Kraft tritt.

Schluss-Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., für umfang-
reichere Anzeigen Tags zuvor
4 Uhr nachmittags.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 152.

Dienstag, den 24. Dezember 1918.

79. Jahrgang

Die Friedensbestrebungen.

Wilson und der Friede. Die englischen Arbeiter für den Völkerbund. Hindenburgs Weihnachtsaufruf. Ebert über Deutschlands Lage. Die zukünftige Staatsform. Mangel an Rohstoff und Arbeit. Volkstumgebung für deutschen Kolonialbesitz. Russisches Geld für die Revolution. Unerhörte franz. Wirtschaftsforderungen. Führende deutsche Persönlichkeiten über den Krieg. Die polnische Gefahr. Wiederaufrichtung Großrußlands. Vereinigung Serbiens u. Montenegros

Wilson über den Frieden.

London, 21. Dez. (WAB.) In der morgigen Times wird eine Unterredung veröffentlicht, die ihr Pariser Vertreter mit Wilson hatte. Der Korrespondent sagte zu Wilson, daß viele Menschen sich fragten, warum der Präsident der Vereinigten Staaten gerade jetzt nach Europa komme. Wilson erwiderte: Die Antwort scheint mir sehr naheliegend zu sein. Die Fragen, die bei der bevorstehenden Konferenz erörtert werden müssen, werden von so übertragender Bedeutung sein, daß die Vereinigten Staaten es nicht verweigern können, sich mit den Alliierten in ihre große Verantwortlichkeit gegenüber der Zivilisation zu teilen und ich kann nur durch die freimütige persönliche Aussprache mit den Staatsmännern der alliierten Länder in einigen Fragen zur Lösung dieser Probleme beitragen. Als der Korrespondent fragte, was seiner Ansicht nach die Hauptabsicht der Konferenz und das große Ziel sei, monachlicher Erwartung nach Versäufles blickten und ich bin sicher, die Alliierten trachten wollten, antwortete er:

Ich glaube, es ist klar, daß jetzt alle Nationen mit ängstlich das die Menschen nur eine Frage stellen: Werden die Staatsmänner die dort versammelt sind, über genügend Klarheit und Entschlossenheit verfügen, um einen Schutz gegen zukünftige Kriege zu schaffen? Die Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten, die durch die erfolgreiche Beendigung des großen Krieges entstanden sind, müssen natürlich von den großen Nationen der Welt als Kameraden der weniger Mächtigen geteilt werden. Falls ich keine Gelegenheit haben sollte, die alliierten Armeen zu besuchen, so hoffe ich doch wenigstens etwas von unseren Waffenkameraden in Ihrem eigenen Lande zu sehen. Ich möchte gern Italien besuchen, das Land, aus dem so viele meiner Mitbürger gekommen sind. Es interessiert und befriedigt mich, zu hören, daß in der italienischen Armee sowie Männer sind, die wenigstens einen Teil ihres Lebens in den Vereinigten Staaten zubrachten. Auch dem Besuch Brüssels, das jetzt glücklicherweise aus den Händen der Feinde befreit und seinem Volke und König wieder gegeben worden ist, sehe ich mit besonderem Interesse und besonderer Genugtuung entgegen. Wir in den Vereinigten Staaten fühlen für das belgische Volk wegen seines standhaften Vertrauens ebenso wie für die Bewohner von Nordfrankreich und Italien, denen der Krieg eine so tragische Last auferlegte, sehr starke Sympathien und versuchen dieses auch zum Ausdruck zu bringen.

Der Korrespondent fragte den Präsidenten, ob er auch Zeit zu einem Besuche der großen Flotte haben würde, was der Präsident verneinte. Dabei kam Wilson auf die Rolle zu sprechen, die die britische Flotte bei der Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere für die freien Völker der Welt während des Krieges spielte. Der Korrespondent fragte Wilson, ob er nach seinem jetzigen Besuche in Europa Zeit haben werde nach England zu gehen. Wilson antwortete: Es freut mich, sagen zu können, daß ich England in aller nächster Zeit zu besuchen hoffe. Ich gehe um so lieber dorthin, daß ich weiß, mit welcher Einstimmigkeit und begeisterten Ueberzeugung die Völker Großbritanniens und Amerikas dieselbe Auffassung von Freiheit und Gerechtigkeit hatten. Es ist von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft des Weltfriedens, daß zwischen den beiden englisch sprechenden Demokratien möglichst aufrichtige Zusammenarbeit und großzügiges Verständnis herrschen. Ich glaube, wir verstehen die schwierige Lage zu würdigen, die der Weltkrieg für das britische Volk mit sich bringt. Wir haben volles Verständnis für die besonderen internationalen Fragen, die aus der Tatsache der besonderen Stellung Englands als Inselland entstehen.

Wilson gab ferner Ueberzeugung Ausdruck, daß nichts die heranannahende Konferenz daran hindern könne, wirkliche solide Gammeln für den zukünftigen Frieden zu schaffen. Der Korrespondent fragte den Präsidenten, ob er bezüglich des Ergebnisses der bevorstehenden Zusammenkünfte irgendwie besorgt sei, da es Leute gebe, die sagen, daß die Schrecken des Friedens noch schlimmer seien als die Schrecken des Krieges. Wilson antwortete, er fühle keine Besorgnisse und fuhr fort: Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß es den Staatsmännern der Welt möglich sein wird, in gemeinsamer Beratung eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme zu erreichen, vor die sich gestellt werden, um sich auf diese Weise die Dankbarkeit der Welt für den kritischsten und notwendigsten Dienst zu erwerben, der ihr jemals geleistet wurde.

Haus, 17. Dez. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß es Wilsons Absicht ist, einen Frieden entsprechend den von ihm formulierten 14 Punkte habe Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wilson sei sich bewußt, daß es die Ehre und die Pflicht Amerikas sei, den Frieden sicher zu stellen. Wilson werde falls es nötig ist, den äußersten Druck auf die Alliierten ausüben.

Die Friedensausichten.

Berlin, 20. Dez. Nach zuverlässigem Vernehmen an amtlicher Berliner Stelle rechnet man in Berlin mit dem Abschluß eines Präliminarfriedens bestimmt für Mitte Januar. Mit dem Abschluß eines allgemeinen Friedens für spätestens April. Die nunmehr amtlich bestätigte Weigerung der Alliierten, mit Arbeiter- und Soldatenräten zu verhandeln, hat den Beschluß des Berliner Reichskongresses in der Frage einer früheren Einbe-

ziehung der Nationalversammlung entscheidend beeinflusst. Rotterdam, 20. Dez. Nach der „Morning Post“ sprach Lloyd George am Dienstag in der Londoner Handelskammer: Der Sieg, den England errungen habe, sei der größte seit 150 Jahren. Er hoffe, daß der Friede gleich groß und ruhmreich für England werde. Der endgültige Friedensschluß könne nur mit einem Feinde geschlossen werden, dessen Regierung von den Alliierten anerkannt sei. Bei Deutschland liege es, diese Möglichkeit zu schaffen, indem es sich vom Bolschewismus der wahren Demokratie zuwende.

Die englischen Arbeiter für den Völkerbund.

WAB. Bern, 22. Dez. Die Freiburger Nachrichten melden: Der englische Arbeiterkongress richtete an den Präsidenten Wilson im Namen von 5 Millionen englischer Arbeiter ein Telegramm, worin von Wilson der Friede mit sofortiger Errichtung des Völkerbundes und die Überführung verlangt wird. Der Kongress verurteilt den Präsidenten seiner tatkräftigen Unterstützung zur Verwirklichung seiner hohen Ideale. — Der überraschende Rückschlag in den Vorkriegszeiten, der gewaltiger ist als alle bisherigen in der Kriegszeit, wird mit der sozialistischen Bewegung in den Entente-Ländern in Beziehung gebracht, weil die Börse der beste Gradmesser der Politik ist.

Englische Friedenspläne.

Haus, 21. Dez. Wie der Daily Express erfährt, wurden gestern in der Sitzung des Reichskriegskabinetts sehr wichtige Beschlüsse über die Bedingungen der Friedenskonferenz vorzulegen sind, gefaßt. Das Kabinett will in erster Linie darauf dringen, daß die deutschen Kolonien nicht zurückgegeben werden. In dieser Frage war sich das Kabinett vollkommen einig. Was die Frage der Entschädigungen anlangt, so war man sich vollkommen darüber klar, daß die britischen Ansprüche solange zurückgestellt werden müßten, bis die französischen und belgischen Ansprüche befriedigt sind. Weiter war man der Ansicht, daß es im englischen Interesse liege, wenn man Deutschland sofort dazu zwingen könne, die Rohmaterialien für den Wiederaufbau der alten und für die Gründung neuer Industrien zu liefern. Das wird bei dem ungeheuren Mineralreichtum Deutschlands möglich sein. Es wurden weiter Maßnahmen vorgeschlagen, um einer Ueberbemmung der britischen Märkte mit deutschen und anderen Waren, die in großen Quantitäten für den Abtransport fertig liegen, vorzubeugen. Man müsse eine scharfe Einfuhrkontrolle einführen, damit es den Deutschen unmöglich gemacht werde, eine große Reihe von Waren einzuführen.

Differenzen zwischen Wilson und der französischen Regierung.

Basel, 21. Dez. Der „Basler Anzeiger“ meldet, daß zwischen Wilson und der französischen Regierung tatsächliche Differenzen bezüglich der Art und Weise bestehen, wie der Krieg zu beenden ist. Wilson hat zweifellos in den französischen Arbeitern einen mächtigen, von Clemenceau sehr geschätzten Bundesgenossen erhalten. Wie verlautet, sprach Wilson seine Mißbilligung darüber aus, daß die von den Arbeitern beabsichtigte Demonstration von der Regierung nicht gebildet wurde. Inzwischen haben jedoch gegen den Willen Clemenceaus neue Demonstrationen für den Wilsonfrieden in Paris stattgefunden. An einem solchen Umzug beteiligten sich vorgerichtet mehr als 30 000 Arbeiter, sowie viele kriegsverkrüppelte Soldaten.

Hindenburgs Weihnachtsruf.

Kassel, 21. Dez. In einem von der Kasseler Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Aufruf, gegeben im Großen Hauptquartier Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918, blickt Generalfeldmarschall von Hindenburg auf die gewaltigen Kriegslösungen des zur Wehrhaftigkeit ergangenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zurückgeschreckt ist. Hierzu befähigt sei es durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Sieg und den Geist der Treue. Das deutsche Heer sei dahin, zerfehrt, aufgelöst, obwohl bis zuletzt gekämpft und geschrien von den Feinden.

Den Offizieren, hoch und nieder, komme als Erziehern und Führern des Volksheroes unbefreitbar ein hoher Anteil an dem Ruhme zu. Es sei eine kleinliche Sache, ihnen die Abgeschiedenheit und Waffen abzuspülen und sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Die Zerstörung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die größte jener verneinenden zerfetzender Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder, politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu hemmen. Trotz mancherlei Krankheitserscheinungen, vereinzelter Fälle von Selbstmord, Eitelkeit und Unmühsamkeit kehre das deutsche Offizierskorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierskorps sei kerngesund. Seine vornehmste Aufgabe sei das Wohl der Gesamtheit und die Ehre des deutschen Namens. Daher habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen und wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei muß es aber erbittern, wenn in kleinlicher Rache die Aufrichtigkeit im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierskorps zeigen, sollten und müssen abgeschafft werden.

Der Aufruf schließt: Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Feldheeres am Ende meiner militärischen Laufbahn meine Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treueste Stütze in Kampf und Not, so möge man daraus auch ein heiliges Vermächtnis der Vergangenheit entnehmen für die neue Zeit, für die glückliche Zukunft unseres Volkes und für die Einheit der deutsche Stämme, mit der alten Mah-

nung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirbt es, um es zu besitzen.“

Ebert über Deutschlands Lage.

Basel, 20. Dez. Laut Basler Nachrichten hatte der Korrespondent der „Daily News“ in Berlin mit Ebert eine längere Unterredung, in deren Verlauf letzterer erklärte, die innere Lage für Deutschland sei derartig günstig, daß man bisher noch keine Gewalt anwenden brauchte, um der von der Rechten und Linken drohenden Gefahr entgegen zu treten. Die von der Front zurückkehrende Armee unterstehe der Macht der gegenwärtigen Regierung mehr, als man zu hoffen wage. Die einzige Gefahr bestöhe in der wirtschaftlichen Lage, denn die Soldaten werden lieber an der Front Opfer bringen, als in der Heimat Elend ertragen. In der Verzweiflung werde sich das deutsche Volk nicht der Reaktion, sondern sicher dem Bolschewismus zuwenden. Die Sozialdemokraten erstreben keine Diktatur, sondern sie wollen, daß die ganze Nation ihrem Willen Ausdruck gebe.

Die Regierung stütze sich in voller Ueberzeugung auf die Grundlagen Wilsons. Gegenüber Deutsch-Böhmen werde kein Druck ausgeübt. Wien soll über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs frei entscheiden.

Die Frage des Korrespondenten, ob er hinsichtlich der Lage optimistisch geimnt sei, bejahte Ebert.

Die zukünftige deutsche Staatsform.

Berlin, 21. Dez. An den vierzigigen Besprechungen, welche in der vorigen Woche zwischen dem Staatssekretär des Innern und den deutschen Staatsrechtslehrern in Berlin stattfanden, nahm u. a. auch der Berliner österreichische Gesandte Dr. Hartmann und Professor Max Weber-Heidelberg teil. Die Gesichtspunkte, auf die man sich dabei geeinigt hat, geht ungefähr dahin: An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen Amtsbezugnisse ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem König von England zustehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundsätzen selbst zusammensetzen. Daneben wird nach dem Muster des alten deutschen Bundesrats ein Staatshaus aus Bevollmächtigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senat entsprechen dürfte und das entgegen den Befugnissen des Bundesrats weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird.

Die Reichsregierung wird scharf unitarisch sein, jedenfalls in weitgehenderem Maße als unter dem alten Regime. Dabei soll die Zentralisierung nicht so weit getrieben werden, daß etwa die Selbstständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden der Verwaltung der Bundesrepubliken reserviert. Anderes dagegen wie Eisenbahn, Heereswesen, Zollwesen, Post und Steuer sollen der Reichsverwaltung zustehen. Man glaubt, daß man ungefähr 14-15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Die Grenzen der einzelnen Republiken werden sich keinesfalls mit den bisherigen Grenzen der Bundesstaaten decken. So denkt man z. B. den Bundesstaat Preußen nach dem Muster der Vatavki-Vorschläge aufzuteilen. Über auch der Territorialbestand anderer Bundesstaaten, wie z. B. Bayerns wird kaum geschlossen in die Form einer neuen Bundesrepublik übergeben. Vielleicht wird sich der Kern des früheren Königreichs Bayern mit Deutsch-Oesterreich verbinden, während Franken sich einer andern Republik anschließt. Von der Reichsregierung soll jedoch auf diese Um- und Neubildungen keinerlei Einfluß oder gar Zwang ausgeübt werden.

Für deutschen Kolonialbesitz.

Eine große Volkstumgebung in Berlin. Berlin, 19. Dez. Der Soldatenrat der Schutzgruppe veranstaltete heute abend eine große Volkstumgebung zugunsten der deutschen Kolonien. In der „Philharmonie“ war der große Saal überfüllt. Der Vorsitzende Giesler, Mitglied des Soldatenrates, leitete mit kurzen Worten den Abend ein. Das Referat lag in den Händen des bisherigen Abgeordneten Dr. Leusch. Dr. Leusch führte unter großem Beifall aus: Die Kolonialpolitik müsse in Zukunft Sozialpolitik sein. Der Punkt 5 unter den 14 Punkten Wilsons gebe Deutschland die Hoffnung, daß die deutschen Kolonien an Deutschland zurückfallen werden. Das sei auch die Forderung der deutschen Republik. Nützlich sei es, daß das deutsche Volk sich selber regie und in die Bewegung zugunsten der deutschen Kolonialpolitik eintrete. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute in der „Philharmonie“ zu Berlin aus allen Parteien und Bevölkerungsschichten versammelten deutschen Männer und Frauen warnen eindringlich davor, über der akuten Not des Tages die große Bedeutung eines des wirtschaftlichen Bedürfnisses Deutschlands gerecht werdenden Kolonialbesitzes zurücktreten zu lassen. Ein Arbeitsfeld für ausreichende Kolonialbetätigung ist für das deutsche Reich und Volk eine unbedingte Lebensnotwendigkeit, dessen Sicherstellung eine der wichtigsten Vorbedingungen für einen dauerhaften Frieden ist. Das von allen Kriegführenden anerkannte Friedensprogramm Wilsons mit seinem gerechten Verteilung der Kolonien fordernden Punkt 5 wird von Deutschland als bindende Auflage der Erfüllung seiner berechtigten kolonialen Wünsche angesehen. Das deutsche Volk wird, dafür bürgt die innerpolitische Entwicklung Deutschlands, seinen Kolonialbesitz nicht im Sinne aggressiver

Machtspolitik, sondern stets in der Richtung eines friedlichen wirtschaftlichen Aufbaues...

In der Debatte sprachen die beiden Pflanzler Hoffmann aus Ostafrika und Koppchen aus Westafrika unter starkem Beifall im Sinne der Resolution.

Graf Brockdorff-Rangau Nachfolger Solls. Berlin, 20. Dez. Zum Nachfolger von Dr. Solf ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rangau ernannt worden.

Graf Rangau gehört zu den wenigen deutschen Diplomaten, die im Auslande dauernd Erfolg hatten. Man kann wohl sagen, daß unsere diplomatische Vertretung in Kopenhagen in geschicktem Zusammenarbeiten mit der gegenwärtigen dänischen Regierung eine Lage gehalten hat, die zu gewissen Zeiten recht kritisch war.

Uebereinstimmung zwischen Regierung und der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 21. Dez. Die Verhandlungen des aus Kassel gekommenen Generals Gröner mit dem Rat der Volksbeauftragten hat zu einer völligen Uebereinstimmung der Obersten Heeresleitung mit der Reichsregierung geführt.

Die russischen Gelder für die deutsche Revolution.

Berlin, 20. Dez. Das Organ der Unabhängigen, „Die Freiheit“, hatte gestern früh einen neuen Funkspruch des früheren russischen Generalkonsuls in Berlin, Herrn Joffe, veröffentlicht, worin dieser die Behauptung aufrechterhält, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands mit russischem Gelde unterstützt worden sei.

Den Schlussatz aus dem Funkspruch des Herrn Joffe habe aber die „Freiheit“ nicht veröffentlicht, und gerade dieser Schlussatz war der interessanteste und wichtigste Teil des Funkspruchs. Er lautet nämlich folgendermaßen: „Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um dem Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichsagabgeordneten Dr. Oskar Cohn, mitzutheilen, daß jene 550 000 Mark und 150 000 Rubel, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung, und zwar als Mitglied der U. S. P., zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Botschaftsgebäude verhaftet war, daß er diese Summe zur Zeit nicht an die U. S. P. auszuzahlen braucht.“

Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von zehn Millionen Rubel, worüber ich Herrn Dr. Cohn Dispositionsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe. Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der U. S. P. zu stellen. Was endlich die Summe von 350 000 Mark und 50 000 Rubel betrifft, die Herr Dr. Cohn von mir zur Hilfestellung an die in Deutschland zurückgebliebenen russischen Staatsangehörigen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen, da ich nicht zweifle, daß Herr Dr. Cohn bei seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit diesen Auftrag in bester Weise zur Ausführung bringen wird.“

Ist das nun eine deutsche oder russische Revolution? Der „Vorwärts“ benutzt den Anlaß zu folgenden nachdenklichen und sichtlich zutreffenden Anmerkungen: „Also die U. S. P. hat von den genannten russischen Millionen nichts erhalten. Die Summe liegt aber in Deutschland zur Verfügung. Wer wird wohl der Nutznießer sein? Herr Joffe hat sie der U. S. P. gespendet, weil er nicht mehr mit ihr zufrieden war und weil er damit eine Revolution im Sinne der russischen Auffassung von Revolution stiften wollte. Wer aber vertritt die Form der bolschewistischen Revolution in Deutschland? Das ist Spartakus! Seit langem schon sucht man das Geheimnis der Herkunft der zweifellos erheblichen Mittel, welche der Spartakusbund für seine große Propaganda und für die „Rote Fahne“ ausgiebt,

zu läuten. Jetzt hat man einen Fingerzeig. Der Bolschewismus läßt sich seine Absicht, auch Deutschland in ein Volkhaus zu verwandeln, etwas kosten.“

Mangel an Rohstoffen und Arbeit.

Berlin, 21. Dez. Staatssekretär Köth, der Leiter des Reichsdemobilisierungsamtes, hat sich gestern vormittag vor einem Kreis von Pressevertretern über die Aufgaben dieses Amtes ausgesprochen. Er schätzte voraus, daß die Aufgaben des Demobilisierungsamtes nur vorübergehend seien. Sie hätten anders auszugehen nach einem glücklichen oder erträglichen Friedensschluß. Angesichts des verlorenen Krieges handelt es sich vor allem darum, die Folgen und Schäden der Revolution wieder aussehenden Menschen so schnell als möglich in der Wirtschaft des zugehören. Es kommt darauf an, die aus dem Kriege heilenden Systeme unterzubringen, dann dafür zu sorgen, daß die zerstörte Wirtschaft nicht vollends zusammenbricht. Bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheit steht die Rohstofffrage im Vordergrund. Ausländische Rohstoffe sind eher in ausreichendem Maße vorhanden, als inländische, die von dem Kohlenmangel in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von größter Bedeutung dabei ist die glücklich herbeigeführte Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen dem organisierten Unternehmertum und den Gewerkschaften. Innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft will man versuchen, die einzelnen Fachkörper als Selbstverwaltungskörper zusammenzufügen und diese dann als Werkzeug benutzen, um die Staatsaufträge umzusetzen. Besondere Organe sollen dem Demobilisierungsamt eingeschoben werden um dahin zu wirken, daß zwischen den einzelnen Körpern keine Reibungen entstehen und die Staatsaufträge auf möglichst breiter Basis ausgeteilt werden können. In Anbetracht unserer knappen Rohstoffe können wir zunächst nur solche Erzeugnisse herstellen, die wirklich notwendig sind. Innerhalb des uns zur Verfügung stehenden Rohstoffrahmens können wir natürlich nicht die Höchstproduktivität erzielen. Wir müßten sonst die Aufträge nur an besonders leistungsfähige Betriebe verteilen. Dabei würden allerdings Höchstleistungen herausgepreßt werden, aber der Aufgabe des Demobilisierungsamtes, Menschen unterzubringen, würde es widerstreben.

Selbstverständlich können wir alle Massen nicht in der Industrie unterbringen. Die Leute müssen auf alle Fälle aus der Großstadt heraus und zu dem Ende bieten sich an: 1. der Kohlenbergbau, 2. Land- und Fortwirtschaf, 3. die Gebiete jener Notstandsbetriebe, bei denen Rohstoffe nicht erforderlich sind. Alle müssen in dieser Beziehung Opfer bringen. Auch die Landwirtschaft darf nicht mit dem Einwand kommen, die und die Arbeiter sind in der Großstadt verdorben und für die Landwirtschaft unbrauchbar. In der nächsten Zeit sollen eine Verordnung erlassen werden, die darüber Bestimmungen trifft, wie viele Menschen in den Betrieben, vor allem in den Rüstungsbetrieben zu bleiben haben, wieviele der Industrie überhaupt zuzumuten sind, wieviele unter allen Umständen auswandern müssen.

Einen Zwang auszuüben, beabsichtigt Herr Köth indes nicht. Das einzige Mittel, das nach seiner Auffassung in diesen Zeiten der Erregung und ausführenden, auch den inneren Menschen aufwühlenden Umwälzung bleibt ist die Aufklärung und der Appell an die bessere Einsicht. Die Unternehmer müssen ihre Nerpen behalten, sich klar machen, daß sie andere Maßstäbe anzulegen haben als im Jahre 1914, daß sie wohl oder übel sich auf die Revolutionswirtschaft einstellen müssen. Für den Unternehmer liegen die Dinge im Grunde doch so: geht er nicht mit der Zeit, dann bricht er sicher zusammen. Sucht er sich ihr anzupassen, so ist es doch immerhin möglich, daß er durchkommt.

Freiwillig, wenn die jetzigen Lohnforderungen anhalten würden, müßte die deutsche Wirtschaft über kurz oder lang, wahrscheinlich über kurz, zusammenbrechen. Der Staatssekretär hofft aber, daß die Lohnforderungen bei der wachsenden Einsicht der Arbeiter in den Betrieben sich senken würden. Darum erneuert er auch die alte Forderung der sozialreformistischen Nationalökonomie, den Arbeiter in einen inneren geistlichen Zusammenhang mit seiner Arbeit zu bringen.

Viel verspricht Herr Köth nach dieser Richtung sich von den Tarifverträgen, und er steht es als ein glänzendes Zeichen an, daß von den Arbeitgebern jetzt vielfach der Wunsch nach einer behördlichen Sanktionierung der Tarifverträge ausgesprochen wird. Am letzten Ende wird viel, wenn nicht alles davon abhängen, daß die staatlichen Organe wieder in den Besitz der Autorität kommen, die sie in den letzten Wochen so sehr eingebüßt haben.

Auch für Demobilisierung und Wirtschaft ist, so kann man die Neußerungen des Staatssekretärs vielleicht füglich ergänzen, die Nationalversammlung eine unbedingte Notwendigkeit. Frankfurt a. M. vor einer Kohlenkatastrophe.

Frankfurt, 21. Dez. Die Blätter melden, daß die Kohlenversorgung Frankfurts binnen weniger Tage katastrophalen Charakter annehmen werde, da die Kohlenzufuhr so gut wie

aufgehoben ist. In den Gaswerken muß bereits die Verwendung von Holz ins Auge gefaßt werden. Die Lage ist so ernst, daß man sich auf das Schlimmste gefaßt machen muß, wenn die Entente nicht selbst den Notstand durch Freigabe der Transporte behebt. Das städtische Wohlfahrtsamt hat in verschiedenen Stadtteilen Wärmehallen zur unentgeltlichen Benutzung für Männer und Frauen errichtet.

Kohlennot in Bayern.

München, 22. Dez. Wegen der in Bayern herrschenden Kohlennot sieht sich der Demobilisierungskommissar gezwungen eine zehntägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als zehn Arbeitern und zwar vom 23. Dezember bis zum 1. Januar 1919 anzuordnen. Die betroffenen Arbeiter erhalten für den Verdienstausfall eine Entschädigung von 90% ihres Verdienstes auf Rechnung des Staates bezw. der Reichskasse.

Unerhörte französische Wirtschaftsforderungen.

Berlin, 20. Dez. Die Franzosen haben unerhörte neue Wirtschaftsforderungen an die deutsche Waffenstillstandskommission gestellt. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als daß das arme und gemarterte Deutschland, das an allem Mangel leidet, die Hüttenwerke und Fabriken Elsaß-Lothringens und der „benachbarten Gebiete“ mit Kohlen und Rohstoffen versorgt. Die Forderungen der Franzosen sind in 31 Artikeln und 36 Paragraphen niedergelegt. Angefordert werden für die Eisenerzeugung in den genannten Gebieten aus dem rechtsrheinischen Kohlengebiet täglich 10 500 Tonnen Kohle, die wesentlich mit der Eisenbahn herangeführt und für die Eisenerzeugung dienen sollen. Für die anderen Werke der Gebiete soll die notwendige Kohlen- und Roheisenmenge von 3500 Tonnen täglich auf dem Wasserwege geliefert werden. Dazu kommen noch Kohlenlieferungen für die Besatzungstruppen. Eine zeitliche Beschränkung dieser Kohlenlieferungen ist in den französischen Forderungen nicht enthalten. Eine solche Beschränkung war lediglich für die außerdem verlangte Lieferung von monatlich 9000 Tonnen reinem Mangan oder 102 500 Tonnen 8prozentigen Manganerzes festgesetzt, und zwar sollten diese Lieferungen bis zu einem von der französischen Regierung zu bestimmenden Zeitpunkt erfolgen. Außerdem verlangt die französische Vertretung die Lieferung von Fabrikanten und Materialien und die Rückführung des den Werken entnommenen Metalls, welches unentbehrlich für einen ordentlichen Betrieb ist.

Auf Grund dieser Forderungen sollte die deutsche Regierung alle Bestellungen auf Ersatzstücke und mechanische Materialien ausführen und liefern lassen, welche ihr durch Vermittlung des Comptoir de Commerce et de Commerce d'Alsace et de Lorraine für den Unterhalt oder die Verbesserung der Einrichtungen und des Metalls der Hüttenwerke in oben erwähnten Gebieten aufgegeben würden, die Maschinen deutscher Herkunft besitzen.

Die deutsche Regierung sollte ferner die interalliierten Waffenstillstandskommissionen schleunigst alle offiziellen oder privaten Aufzeichnungen über diese Gegenstände und die darauf bezüglichen Verträge übermitteln. Beauftragte der französischen Regierung sollten in Deutschland an Ort und Stelle diejenigen Feststellungen und Nachprüfungen vornehmen, die „zweckdienlich“ sein würden. Damit wäre natürlich jeder Handelspionage Tür und Tor geöffnet. Im Falle der Nichtbefolgung dieser drakonischen Vorschriften würden in der französischen „Wunschliste“ sofort Anordnungen von Gegenmaßnahmen angedroht. Für die Vorlegung der verlangten Auskünfte wurde eine Frist von 8 Tagen festgesetzt. Bei Ueberschreitung dieser Frist wurden gleichfalls Gegenmaßnahmen angedroht, mit dem besonderen Hinzufoügen, daß weiteren Maßnahmen, die für durchaus erforderlich erachtet würden, dadurch nicht vorgegriffen würde.

Die deutsche Wirtschaftskommission erklärte sich trotz der krassten Einseitigkeit dieser Forderungen zu einer Erörterung nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit. Der französische Oberst Mercier, der von der Gegenseite als Sachverständiger entsandt war, brach jedoch die Verhandlungen brüsk ab, indem er die Antwort der deutschen Waffenstillstandskommission als Ablehnung seiner Forderungen erklärte. Er verließ daraufhin Spa.

Rohstoffkontingenterung für Deutschland.

Bern, 19. Dez. Das „Berner Tagbl.“ meldet: Aus japanischen Kreisen vernehmen wir, daß die alliierten Staaten oder ein Teil derselben am 25. November 1918 unter sich einen Vertrag abgeschlossen hätten, wonach nach Friedensschluß Deutschland die Rohstoffe kontingenterung würden. Eine der schweizerischen Treuhänderstelle ähnliche Instanz würde mit Sitz in Berlin die Kontingenterung durchzuführen haben und Deutschland nur so viel Rohstoffe zuteilen, als es für den eigenen inneren Bedarf benötigt. Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Mitteilung authentisch ist und daß die Kontingenterung gerecht erfolgen wird. Diese Weltkontingenterung ist unerlässliche Voraussetzung für das Vertrauen in die ehelichen Absichten der Völkerbundsgründung, Gerechtigkeit und Brüder-

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Seuffert-Klinger.

11

Es reizte ihn auch, die neue, geharnischte Anniela, die unleidliche, zur alten Jungfer prädestinierte, kennenzulernen. Früher war Anniela die verkörperte Sanftmut und Lebenswürdigkeit gewesen.

Abichtlich laut aufstehend betrat er wieder den Hausflur. Im Zimmer war jetzt kein Laut hörbar. Er klopfte.

Da wurde von neuem sofort die Stubentür weit geöffnet. Anniela von ernst, liebreizend, zutraulich, herzlich, stand vor ihm und streckte ihm die schmale, schlanke Hand hin.

Willkommen daheim, Heinrich, herzlich willkommen! Nun, willst du nicht nähere treten? Wir haben schon geheizt, man kann es vertrauen!

Er war tatsächlich verlegen, konnte ihr lübes holdseliges Wesen nicht in Einklang bringen mit dem, was er vorhin gehört. Aber genackelt überwand er seine Verwirrung.

„Habe Dank für dein freundliches Willkommen, Anniela; nach deinem Befinden zu fragen, ist überflüssig, du blühest wie eine Rose!“

Anniela lachte Heinrich aus richtigen Schelmenaugen an. „Ei, der Herr Doktor hat neben der Bücherweisheit auch gelernt, den Damen artige Dinge zu sagen. Wer hätte das vermutet? Aber da ist Mama, die sich schon auf deine Schilderungen großstädtischen Lebens freut.“

Im weichen Lehnstuhl saß die Frau Amtsrichter. „Herzlich willkommen, mein lieber Heinz“, rief sie ihm entgegen, „ja, ich freue mich in mehr als einer Hinsicht über deinen lieben Besuch! Aber wenn ich dir einen Rat geben darf, sagst du der da“, sie wies mit der feinen Hand nach ihrer Tochter, „keine Schmeicheleien! Du könntest Dinge zu hören bekommen, die dir das Wiederkommen verleiden. Ich will aber auch meine Freude an dir haben!“

Der Doktor küßte der Hausfrau die Hand. „Warum machst die Rose von ihren Dornen so übermäßigen Gebrauch?“ fragte er die Jugendfreundin.

„Wir sind die Phrasen verhaft“, erklärte Anniela. „Du kannst allezeit zu mir sprechen, wie dir ums Herz ist; denn ich weiß, du bist kein Phrasenheld.“

„Nein, genäh nicht! Eher zu derb und aufrichtig. Zum Diplomaten taugte ich mein Lebtag nicht. Und wenn man Jahr um Jahr Jung-Deutschland unterrichtet und aufzupassen hat, daß die stets zu tollen Streichen aufgelegten Jungen nicht über die Stränge schlagen, da verlernt man das Söndentun gänzlich.“

Anniela drückte dem Jugendfreunde noch einmal die Hand. „A, wie freue ich mich, daß du da bist und daß ich sprechen darf, wie mir ums Herz ist!“

Heinrich erwiderte den Händedruck, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung. Er fühlte etwas wie Schuldbewußtsein ihr gegenüber in dem Gedanken, daß er sich von einer anderen vor wenigen Tagen hatte umarmen und küssen lassen.

„Der Drill wird mir wenig Zeit zur Pflege persönlichen Verkehrs lassen“, sagte er, „morgen mittag Punkt zwölf Uhr muß ich in der Kaserne antreten, in vier bis fünf Wochen rücken mich aus. Die Urlaubsstunden verbringe ich natürlich hier. Aber wer weiß, ob ich dann von der Ueberanstrengung mitgenommen, nicht unzulässig, ja ungenießbar bin!“

„Um so besser!“ rief die Frau Amtsrichter, „vielleicht lernt Anniela die Bemühungen ihrer Bekannten, ihr Artigkeiten zu sagen und Liebes zu erweisen, wieder schätzen; sie behandelt die Männer so schlecht, daß es für mich eine Qual ist, das mit anhören zu müssen.“

Die Frau Amtsrichter ließ die beiden allein. Sie saßen sich am hellereleuchteten Tisch gegenüber und sahen sich hoch in die Augen. Ja, Anniela war von einer frischen, bestrickenden Schönheit. Wer in ihre Nähe kam, mußte davon gebaubert werden.

Auffällig war es, daß sie die vollen roten Lippen so fest aufeinanderpreßte, als habe sie geheimes Leid zu verbergen. Seine Vermutung, Anniela müsse eine unglückliche Liebe im Herzen tragen, schien sich zu bestätigen.

Es tat ihm weh, sie in einem Zwiespalt zu wissen. Er sagte: „Ist das Verhältnis zwischen deiner Mutter und dir nicht mehr so herzlich, wie früher, Anniela? Es war erquickend, euch miteinander verkehren zu sehen. Das scheint sich geändert zu haben. Was steht zwischen euch?“

„Mein fester Wille, mir selbst treu zu bleiben, Heinrich. Mama will mich durchaus verheiraten, und ich sehe nicht ein, warum ich, nur um versorgt zu sein, meine Freiheit aufgeben soll. Das Leben, wie ich es jetzt führe, befriedigt mich, ich

fühle mich wohl und glücklich dabei. Warum soll ich mich in Konflikte begeben, nur um der Welt einen Gefallen zu erweisen. Denn die Fragerin, das sehe ich ein, ist unerträglich für Mama. Sie müßte den guten Leuten einmal gehörig heimleuchten, damit sie keine Anzüglichkeiten mehr wagen. Aber das ist's, zu einer Radikalkur kann sie sich nicht entschließen. Viel lieber möchte sie mich los sein.“

„Was hast du nur an den Männern auszusehen, die dir Herz und Hand boten?“

Ein feines Rot stieg in Annielas Wangen. „Nicht das geruagte, außer dem einen Umstand, daß sie mir alle herzlich gleichgültig sind.“

„Die Ehe ist die vornehmste Bestimmung des Weibes; widerstrebt es derselben, so hat es umsonst gelebt.“

Es entstand eine Pause, dann sagte Anniela: „Ich will der Allgemeinheit jedes Opfer bringen, aber nicht das meiner eigenen Persönlichkeit! Mir selbst muß ich treu bleiben dürfen, oder ich möchte nicht weiterleben.“

„Du darfst mich nicht mißverstehen, Liebe, mir liegt es fern, dich beeinträchtigen zu wollen! Ich fürchte nur, du überschätzt dein Glück. Wenn der Mann, welchem dein Herz gehört, achtlos vorübergeht, so verdient er nicht, daß du um ihn leidest, fernerwegen deine Jugend vertrauerst. Ich an deiner Stelle würde mich aufraffen, mich zwingen, einem anderen meine Sympathien zuzuwenden. Himmelsstürmende Liebe schwindet oft sehr bald, ein auf gegenseitige Hochachtung gegründeter Bund führt häufig zu einem vollen ungetriebenen Glück.“

Es schien, als wolle Anniela heftig etwas erwidern, ihr Atem ging schneller, ihr Gesicht brannte, aber dann fragte sie nur halbblau, wobei sie eifrig an ihrer Handarbeit herumstichelte: „Woraus schließt du, daß ich eine heimliche Liebe habe?“

„Weil ich weiß, daß du keine kalte indolente Natur bist, Anniela! Nur dieser eine Grund konnte dich bestimmen, bisher ledig zu bleiben.“

„Wie gut du mich kennst!“ sagte sie leise, das schöne Gesicht tief über ihre Stirnkerne beugend.

6. Kapitel.

Fräulein Heinrichs Mädchen erschien und bat den Herrn Doktor und das Fräulein, herüberzukommen, man wolle zu Tisch gehen.

lichkeit in der künftigen Völkervereinigung und wird solange Phrasen bleiben als man nicht Gewähr schafft, daß ein Staat mittels lokaler Verteilung von Weltrohstoffen sein Wirtschaftsleben wieder aufbauen kann.

Die Franzosen in der Pfalz.

Speyer, 19. Dez. Die hier erscheinende Pfälzer Zeitung wurde wegen Vergehens gegen die erlassenen Vorschriften auf 14 Tage verboten. Die Eltern werden für das Tun ihrer Kinder von den französischen Besatzungstruppen verantwortlich gemacht. Zwei hiesige Väter, deren Kinder Plakate mit erlassenen Anordnungen abrisßen, sind zu je 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Schnelle Justiz übten sie an fünf halbwüchsigen Burschen, die in Malstatt-Burbach von einem französischen Padawanen eine Kiste mit Offiziersgepäck stahlen. Sie erhielten vom Kommandanten je drei Wochen Gefängnis mit sofortiger Verbüßung, eine Mutter wegen Hehlerei 10 Tage Gefängnis mit ebenfalls sofortiger Verbüßung. Den Wert der nicht wieder herbeigeschafften Sachen im Betrage von 400 Franken mußte die Gemeinde ersetzen.

Die Franzosen in Mainz.

Mainz, 21. Dez. Die Franzosen führen hier ein strenges Regiment. Infolge der Absperrung wächst der Mangel an Lebensmitteln, Kartoffeln und Marmelade sind kaum mehr vorhanden. Die niederen Preise gelten nur für die Besatzung, während die Bevölkerung zu herabgesetzten Preisen nach wie vor nichts erhält. Die Franzosen quartieren sich sämtlich in Privat-Häusern ein und beanspruchen die Küchen für sich. Für die Zeitungen ist Borzogenur eingeführt. Die Nachrichten aus dem Innern Deutschlands fehlen völlig oder kommen ihres eigentlichen Sinnes beraubt an die Öffentlichkeit.

Führende deutsche Persönlichkeiten der Großfinanz u. Industrie über den Krieg.

Hann, 20. Dez. Die Newyork Times veröffentlichte eine Reihe Interviews eines Vertreters der amerikanischen Korrespondenz mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Großfinanz und Industrie.

Der Präsident der Berliner Handelskammer, Mendelssohn, sagte: Ich habe das Vertrauen, daß das Urteil der Geschichte nicht so sein wird, daß Rußland, Frankreich und England keine Schuld am Kriege haben. Ich glaube nicht, daß es der Würde meines Landes entspricht, wenn wir jetzt, nachdem wir den Krieg verloren haben, uns selbst für schuldiger erklären würden als wir tatsächlich sind, nur damit dem feindlichen Ausland gegenüber ein besserer Eindruck erzielt wird.

Der Direktor der Siemens-Halske-Werke, Dr. Spicker, sagte: Wir Deutsche sind nie besiegt worden. Wir haben nur einen Zusammenbruch durchgemacht, weil die alte Regierung von Kriegsanfang an eine zu schwache Haltung der Sozialdemokratie gegenüber eingenommen hat. Selbst, wenn ich das Urteil der Entente als richtig erkläre, daß sie den Krieg gewonnen haben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß nicht England, Frankreich, Italien oder Rußland den Krieg gewonnen haben, sondern die Amerikaner. Deshalb kann auch Präsident Wilson die entscheidende Rolle auf der Friedenskonferenz spielen.

Geh. Rat Prof. Dr. Krieser, Mitglied des Reichstages sprach darüber, daß die feindlichen Mächte Deutschland zu erniedrigen traktierten. Deutschland müsse einen Frieden hinnehmen unter aktiver Betätigung derjenigen Teile des deutschen Volkes, die nach Überzeugung des Übergroßen Teiles des deutschen Volkes den Krieg seit langen Jahren durch eine immer drohender werdende Einkreisungspolitik vorbereitet haben. Eine solche Politik mußte den Krieg herbeiführen, auch dann, wenn die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers nicht der direkte Anlaß gewesen wäre. Das deutsche Volk hat den Krieg nicht herbeigeführt und deshalb kann man es auch nicht dafür verantwortlich machen.

Huldermann, der dem Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie angehört, erklärte: Ich möchte in Erinnerung bringen, daß Deutschland in dem Jahrhundert vor dem Kriege das Kulturzentrum der Welt gewesen ist. Es ist eine gebietende Notwendigkeit, dieses Zentrum der intellektuellen Tätigkeit für den künftigen großen Fortschritt in der Welt aufrechtzuerhalten. Dr. Brederes von der deutschen Versicherungsbank führte u. a. aus: Unsere Regierung war absolut nicht unschuldig an dem Ausbruch des Krieges. Das gleiche gilt aber auch von den Führern aller anderen Nationen. Ich will nicht behaupten, daß unsere Männer an den Gräueltaten des Krieges unschuldig sind. Ich glaube aber gleichzeitig, daß auch die anderen Völker Opfer der Irrtümer ihrer Führer geworden sind. Ich hoffe, daß wir einen gerechten und menschlichen Frieden erhalten werden. Jedenfalls wird Deutschland, auch wenn es wirtschaftlich sehr schwer mitgenommen wird, seinen Kulturidealen treu bleiben und zum Vorteil der ganzen Menschheit forbestehen.

Aufsichtsratsmitglied von Schinckel an der Deutschen Bank in Hamburg erklärte: Der Kaiser war ein warmer Befürworter des Friedens. Deutschland war wegen der Einkreisungspolitik Eduards VII. gezwungen, sich kräftig zu rüsten. Der Krieg war durch die Revanchepropaganda Frankreichs angefaßt und durch die Offensivpolitik Rußlands gegen den Willen des Kaisers verurteilt. Deutschland war unter diesen Umständen gezwungen, sich mit allen Mitteln zu verteidigen. Es wäre ein ungeheures Unrecht, wenn die Entente versuchen würde, Deutschland die Kriegskosten zahlen zu lassen. Wenn die Friedensbedingungen genau so ungeheuerlich sind wie die Waffenstillstandsbedingungen, dann sind sie ein Spott auf einen dauerhaften Frieden.

Direktor Heinecke vom Norddeutschen Lloyd erklärte: Ein wirklich entscheidendes Urteil über die Frage, wer den Weltbrand entfacht hat, kann erst später abgegeben werden, wenn wir die Ereignisse, die damit zusammenhängen, gut übersehen können. Im letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges war Deutschland in der Tat isoliert.

Alle Herren, die befragt wurden, appellierten lebhaft an Wilson seinen Einfluß für eine Milderung der Deutschland aufzuerlegenden Friedensbedingungen zu verwenden.

*

Die englische Presse ist wütend über die „Friedheit“ mit der sich die deutschen führenden Persönlichkeiten des Handels und der Industrie gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Korrespondenz zu der Schuldfrage am Kriege ausgesprochen und sich gemeigert haben, anzuerkennen, daß Deutschland allein Schuld trage. Die meisten Deutschen seien ebenso schuldig an dem Ausbruch des Krieges und an der „unhumanen“ Kriegsführung wie die Militärs, denn sie hätten früher die Mittel bewilligt und zeigten jetzt keine Reue.

Die deutsche Postik vor dem Westkrieg.

Eine neue sehr bedeutsame Veröffentlichung des früheren Geheimrats im Auswärtigen Amt Haman steht unmittelbar bevor. Sein Buch heißt: „Zur Vorgeschichte des Weltkriegs“ und behandelt die deutsche Politik von Kaukasus bis Algerien. Man erfährt näheres über die Tatsache, daß der Fürst von Monaco eine Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm mit dem früheren Präsidenten der französischen Republik Loubet in den italienischen Gewässern angeregt hat, ferner über den Geheimvertrag zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren in Brest, der kein Staatsvertrag war. Das Hauptstück bilden die Verhandlungen über eine deutsch-englische Alliance 1901. Wir erfahren, daß von deutscher Seite auf ein damals angebotenes Sonderabkommen über Marokko, das die französisch-englische

Entente unmöglich gemacht hätte, nicht eingegangen wurde. Die namentlich dem früheren Geheimrat im Auswärtigen Amt Polkein zur Last gelegten rauen Methoden der deutschen Diplomatie, wie die Langreise, führten zu dem unbefriedigenden Verlauf der ersten Marokkokonferenz.

Frankreich bei Kriegsausbruch.

Berlin, 21. Dez. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des L.-A. sprach der frühere deutsche Botschafter in Paris, Freiherr von Schoen, über die Vorgeschichte des Krieges. Er sagte u. a.:

Das französische Volk hat zweifellos den Krieg 1914 nicht gemollt. Aber es bestand in Frankreich eine Kriegspartei, die schließlich die Oberhand gewonnen hat. Frankreich sei wohl vorbereitet und aufeinander ohne Zögern in den Krieg gegangen. Erst seit Kriegsausbruch wisse er, daß auf Drängen des General Michel der Stadtrat von Paris im Januar 1914 einen Beitrag in Höhe von 400 000 Fr. bewilligte um die Mehrlieferung von Paris im Kriegsfall sicherzustellen. Im Mai 1914 schlug der französische Botschafter der Schweiz vor, sich von ihren Nachbarn die Neutralität garantieren zu lassen und als Gegenleistung die Verpflichtung der Verpflegung von Vermundeten der kriegführenden Staaten im Kriegsfall zu übernehmen, wogegen Frankreich geneigt sein würde, der Schweiz die Getreidezufuhr auf seinen Bahnen zu sichern.

Bei den darauffolgenden Verhandlungen mit dem französischen Militärattaché Major Paget und dem schweizerischen Generalstab erklärte Paget u. a., daß die Ausgleichsverträge zur Befreiung des deutsch-französischen Grenzgebietes in Bezug auf Elsaß-Lothringen erfolglos gewesen wären und ein Entgegenkommen Deutschlands nicht zu erwarten sei, müsse es schließlich einmal zu einer Auseinandersetzung kommen. Der Major habe unbedingt mit der Mithraktion Englands, Rußlands und mindestens mit der Neutralität Italiens gerechnet. Es sei damals zu keiner schriftlichen Abmachung mit der schweizerischen Regierung gekommen. Aber der Vorschlag des französischen Botschafters, daß im Kriegsfall Frankreich die Getreidezufuhr nach der Schweiz unter der Bedingung zusichern wolle, daß die Schweiz das Verbleiben des Getreides in der Schweiz garantiere, habe dort außerordentliches Aufsehen erregt und eine Anfrage bei der deutschen Regierung veranlaßt, ob sie in der Lage wäre die ungehinderte Zufuhr von Getreide und auch von Kohle zuzusichern.

In Berlin sei die Tragweite dieser Anfrage wohl nicht richtig gemindert worden. Man glaube so wenig an eine unmittelbare Kriegsgefahr, daß die Verhandlungen mit der Schweiz wegen Ausführung des Kohlenabkommens erst für den Spätsommer in Aussicht genommen wurden. Frankreich rechnete mit absoluter Sicherheit auf Englands Unterstützung in einem Kriege gegen Deutschland, da es der Schweiz zu verstehen gab, daß im Kriegsfall die Getreidezufuhrfrage über Rotterdam durch Deutschland gesichert sein würde, Frankreich aber allein die Blockade nicht hätte durchführen können.

Während der Spannung des Balkankrieges schlug der Botschafter dem französischen Militärpräsidenten den Verzicht auf die gegenseitigen Rüstungen und ein friedfertiges Nebeneinanderleben vor, worauf Barthou mit der Forderung der Rückgabe Elsaß-Lothringens antwortete.

Der König von Italien in Paris.

Paris, 20. Dez. Nach einer Havasmeldung traf der König von Italien am Nachmittag, begleitet vom Herzog von Piemont und den Ministern Orlando und Sonnino hier ein. Poincare und Clemenceau empfingen sie auf dem Bahnhof und begleiteten sie unter Zureufen einer dichtgedrängten Menge zum Ministerium des Auswärtigen. Am Abend besuchte der König den Herzog von Piemont, den Präsidenten Wilson und Johann Poincare, bei dem er 40 Minuten verweilte. Es folgte dann ein Festabend bei Poincare, an welchem alle politischen Persönlichkeiten, die sich in Paris befinden, teilnahmen. Beim Essen brachte Poincare einen Toast auf den König aus. Er gedachte des Gegenjahres zwischen jenen Tagen, da Italien den Franzosen habe Hilfstuppen senden müssen, und den jetzt erreichten Erfolgen und wies dann auf die italienische Politik hin, die sich schon im Jahre 1902 endgültig vom Dreibund abgewendet habe und Frankreich die Versicherung gab, daß Italien an keinem Angriff auf Frankreich teilnehmen würde. Italien habe sein Wort gehalten und damit der französischen Regierung ermöglicht, die besonders tüchtigen alten Truppen gleich bei Kriegsausbruch an die deutsche Front zu werfen. Poincare fuhr laut Havasmeldung in seinem Toast fort, daß Italien entsprechend seiner bis dahin verfolgten Politik trotz der verlockenden Angebote Österreich-Ungarns 9 Monate nach Kriegsausbruch an die Seite Frankreichs trat, Frankreich und Italien, die durch Abstammung und Kultur zusammengehören, würden nun auch durch die Waffenbrüderschaft für immer verbunden sein. Sie seien Verbündete im Kriege gewesen und wollten nun auch im Frieden Verbündete durch Gefühl und Ueberzeugung bleiben.

Auf den Toast Poincares antwortete der König von Italien mit dem Dank für den Empfang, den er gefunden habe und nannte die vom Präsidenten betonte Verbindung zwischen Frankreich und Italien einen neuen Beweis der Unzerbrechlichkeit der alten rühmvollen lateinischen Rasse. Des Sieges Sonne leuchte über der Erfüllung der Hoffnungen Frankreichs und Italiens, der Wiederkehr der einst Frankreich durch die preußische Gewalt entziffenen geistlichen Gebiete an den Busen des Mutterlandes und der Gewinnung der natürlichen Schutzwehren für Italien, des Alpenwall und des Adriatischen Meeres. Dem Zusammenwirken beider Länder im Krieg soll ein friedliches Zusammenarbeiten folgen in gegenseitiger Achtung und wertvoller gegenseitiger Unterstützung.

Frankreichs finanzielle Lage.

Bern, 21. Dez. In der vorgestrigen Sitzung des französischen Senats erklärte Ribot anlässlich der Erörterung über die Verlängerung des Privilegs der Bank von Frankreich, daß sich das allgemeine Budget Frankreichs ungefähr auf 17 Milliarden Francs belaufen werde, von denen 8 Milliarden zur Tilgung der Kriegsanleihen diene. Um die Finanzen auszugleichen, genüge es nicht nur, Steuern zu erheben, die selbst bei der stärksten Heranziehung des Kapitals jährlich nicht mehr als 11 Milliarden einbringen könnten. Frankreich müsse deshalb vom Feinde eine große Entschädigung verlangen. Diese Frankreich zu leistende Entschädigung müsse die Priorität gegenüber allen anderen zu zahlenden Schädigungen haben. Die Opfer, die Frankreich gebracht habe, und die größer seien als die der Alliierten, rechtfertigten dieses Verlangen. Bekomme Frankreich die Priorität nicht, so drohe es unter den ungeheuren Lasten zusammenzubrennen. Wenn die Entschädigung zum Ausgleich nicht genügend sein sollte, müßten die Lasten und Einnahmequellen der Alliierten zusammengelegt werden, um den Verpflichtungen nachkommen zu können.

Ein geistiger Vorbehalt.

Berlin, 17. Dez. Die französische Presse hat in einem Triumph über die Ergebniskundgebung des Elsaß-Lothringischen Landtages für Frankreich vertrieben, den 2. Satz näher zu interpretieren, in dem es heißt: „Unsere Provinz wird stolz darauf sein, ihrem wiedergefundenen Mutterlande mit dem Schutz ihrer Ueberlieferungen, ihrer Ideale und ihrer wirtschaftlichen Interessen, die ihnen feierlich durch die Befehlshaber der siegreichen Armee gewährleistet wurden, eine neue Aera der Freiheit, des Gedeihens und des Glücks zu verdanken.“ Dieser „geistige Vorbehalt“, der nach der Straf-

burger Presse rückhaltlos und ohne Hintergedanken ist, ist das Ergebnis eines Kompromisses. Einzelne Mitglieder des Landtages hatten noch „viel vielmehr (Autonomie unter Frankreichs Protektorat) verlangt“. Ihrer Hartnäckigkeit kam man durch dieses Kompromiß entgegen. Also selbst im gereinigten und umgestalteten „Nationalrat“ fanden sich Männer, der Vorbehalte und weitgehender Forderungen. Die Mehrheit des Volkes hat aber noch viel weitergehendere „Hintergedanken“. Sie fordert das „Selbstbestimmungsrecht und Autonomie unter dem Protektorat des Völkerverbundes.“

Völkerverbund und „Freiheit der Meere“.

Amerika als Axt des Englands.

Washington, 19. Dez. Der republikanische Senator Knag erklärte heute im Senat, daß über die Bildung eines Völkerverbundes und die Festlegung des Begriffes „Freiheit der Meere“ große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Er erneuerte daher seinen schon am 13. Dez. eingebrachten Antrag auf Ablehnung dieser Frage bis nach der Friedenskonferenz. Knag trat dafür ein, an Stelle des Völkerverbundes eine auf engerer, natürlicher Grundlage beruhende Entente mit fest umgrenzten Verpflichtungen zu schaffen. Die Vereinigten Staaten könnten für die Aufrechterhaltung des Friedens der Welt durch die Aufstellung einer Monroe doktrin wirken, nach der eine Bedrohung der Freiheit Europas auch eine Bedrohung Amerikas darstellen würde. Sollte von neuem eine solche Gefahr entstehen, so würden sich die Vereinigten Staaten mit ihren Freunden beraten und zum Eingreifen bereit halten.

Amerikas Rüstungen zur See.

Annapolis, 18. Dez. Der amerikanische Marinesekretär Daniels sagte in einer Rede, die amerikanische Flotte müsse größer und stärker werden, damit die Vereinigten Staaten in der Lage seien, einen ebenso großen Anteil an der internationalen Polizeiflotte beizutragen, als irgend eine andere Nation. Daniels fügte hinzu, er hoffe jedoch, daß die Friedenskonferenz mit dem Wettkampfe von Kriegsschiffen ein Ende machen werde.

Eintreten der Amerikaner für Irland.

Washington, 17. Dez. Vor dem Ausschuss für ausländische Angelegenheiten des Repräsentantenhauses wurde die irische Frage bei Anlaß der Resolution des Abgeordneten Gallagher von Illinois aufgeworfen. In der Resolution wird erwidert, daß sich die zur Friedenskonferenz abgeordneten amerikanischen Delegierten zugunsten der Unabhängigkeit Irlands aussprechen müßten. Richard Dalton von Newyork, der für die irische Delegation sprach, antwortete auf die Frage des Vorsitzenden Flood, ob deren Ziele erreicht würden, wenn man das Wort „Unabhängigkeit“ im Texte weglassen würde: „Ich glaube, daß die Resolution nur an Gestalt gemänne, denn alles, was wir für Irland verlangen, ist das Recht der Selbstbestimmung.“

Die amerikanische Politik.

Berlin, 20. Dez. Der Führer der amerikanischen Besatzungstruppen in Ahrweiler teilte dem dortigen Arbeiterat, wie das B. L. aus Köln erfährt, in einer Unterredung mit, daß die Amerikaner nicht als Feinde, sondern als Freunde kämen; sie seien gewillt, die junge deutsche Republik zu festigen und aufzurichten zu helfen; auch wären sie dagegen, daß das Rheinland an Frankreich angegliedert werde.

Das Schicksal der deutschen Flotte?

Amsterdam, 20. Dez. Nach einem Telegramm der Associated Press haben, wie ein hiesiges Blatt meldet, die amerikanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz beschlossen, dafür einzutreten, daß die ausgelieferten feindlichen Kriegsschiffe zerstört werden, damit bei ihrer Verteilung nicht Zwistigkeiten entstehen. Sir Eric Geddes soll diesem Plane bereits zugestimmt haben.

Umbildung des Kabinetts Lloyd George.

Hann, 17. Dez. Der parlamentarische Mitarbeiter des Lloyd George nahestehenden „Daily Chronicle“ teilt mit, daß Lloyd George sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses, wenn es zu seinen Gunsten ausfällt, seine Regierung so reorganisieren will, daß das Kabinett aus höchstens 12 Mitgliedern besteht. Es sollen große Änderungen in der Regierung vorgenommen werden. Nicht nur wird Milner als Kriegsminister, sondern auch Geddes als Marineminister zurücktreten. Chamberlain soll an Stelle von Bonar Law Schatzsekretär werden. Da die Eisenbahnen wahrscheinlich verstaatlicht werden, wird ein Minister für das Transportwesen notwendig sein. Als solcher ist Geddes auserselzen. Sein Kabinett wird nicht nur die Eisenbahnen, sondern auch die Wasserwege usw. umfassen. Andrew wird Lebensmittelinminister.

Ein englisch-japanischer Geheimvertrag.

Berlin, 20. Dez. Nach einem Telegramm der B. L. aus Bern erwähnt die Morning Post eine von dem Arbeiterführer Gallagher im Glasgower Wahlkreis gemachte Mitteilung, daß 1913 zwischen Großbritannien und Japan ein Geheimvertrag bestanden habe, der, so viel man wisse, noch in Kraft sei und wonach Großbritannien sich verpflichtet habe, Japan bei einem Kriege mit einer Flotte im Stillen Ozean zu unterstützen. (Dieser Geheimvertrag dürfte besonders Amerika interessieren! D. Sch.)

Wiederaufrichtung Großrußlands?

Berlin, 22. Dez. Wie der Berichterstatter der Wossischen Zeitung aus gut unterrichteter polnischer Quelle erfährt, ist vor kurzem in Paris zwischen Clemenceau, Sazonow und Iswolski ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden, der die Wiederaufrichtung Großrußlands gewährleisten soll, wobei Clemenceau, Sazonow und Iswolski die monarchische Staatsform im Auge haben sollen.

Montenegro und Serbien.

WB. Belgrad, 22. Dez. Die Vereinigung Montenegros mit Serbien ist formell notifiziert worden.

Botha über Afrika nach dem Krieg.

Hann, 17. Dez. Ein Reuterkorrespondent hatte mit General Botha an Bord des Dampfers, mit dem er die Ueberfahrt machte, eine Unterredung. Der General, der seiner Bemerkung über die Leistungen des englischen Volkes Ausdruck gab, hofft, daß der Frieden ein gerechter und dauernder sein werde. Man wisse jetzt genau, daß Deutschland die Welt beherrschen wollte. Botha behauptete, daß es Deutschlands Absicht gewesen sei, in Afrika ein großes deutsches mitteleuropäisches Königreich zu gründen, das sich vom Atlantischen bis zum stillen Ozean erstrecken sollte. In diesem Reiche sollten gewaltige Mengen Eingeborener für den Krieg gegen die weiße Rasse eingedrückt werden. Die Schwierigkeiten, die bisher an der Grenze der Kolonien bestanden hätten, müßten für immer aus der Welt geschafft werden. Deshalb könne sich Südafrika nur mit einer Politik zufrieden geben, die Gewähr für eine sichere Zukunft und einen dauerhaften Frieden bieten könne. (Deutschland hat niemals die Weltbeherrschungspläne gehabt, welche Botha ihm unterstellt. Wer die Menge Eingeborener gegen die weiße Rasse verwendet hat, wissen wir Bothas Unschuldigungen sind nach dem Rezept „Haltet den Dieb“ geschrieben. D. Sch.)

Die polnische Gefahr.

Berlin, 20. Dez. Am Samstag findet die in Aussicht genommene Sitzung des preußischen Staatsministeriums und des Rates der Volksbeauftragten in der polnischen Frage statt; da die von Polen drohende Gefahr an maßgebender Stelle sehr

ernst genommen wird, steht die Regierung vor sehr wichtigen Entschlüssen.

W.B. Berlin, 23. Dez. Die Ansprüche Bolens auf wertvolle Gebietsteile im Osten sind von brennendstem Ernste. Insbesondere ist, wie der Vorkämpfer sagt, die Gefahr in größter Nähe die dem deutschen Besitz des ober-schlesischen Kohlengebietes von polnischer Seite droht.

Wilson und die römische Frage. Bern, 20. Dez. (W.B. Nichtamtlich.) Wie die Epoca mittelt, dürfte Wilson bei seinem Besuche im Vatikan auch die römische Frage diskutieren.

Die Erkrankung des früheren Kaiserpaars. Frankfurt a. M. Nach einem Privattelegramm der Frankfurter Zeitung aus dem Haag ist der Krankheitszustand der früheren deutschen Kaiserin derart, daß sie wohl kaum das neue Jahr erleben wird.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 21. Dez. (Politische Aussprache.) Am vergangenen Donnerstag haben einige freihetliche denkende Männer, auf dem Boden der deutsch demokratischen Partei stehend, die Feldgrauen zu einer politischen Besprechung eingeladen.

Sinsheim, 23. Dez. (Zentrumsversammlung.) Im vollbesetzten Löwenaal sprach gestern vor Männern und Frauen aus Stadt und Land Herr Geißl. Rat Dr. Schofer über das Zentrumsprogramm: Einig mit dem Bürgertum sind wir in der Forderung nach Frieden, Ordnung und Brot.

Sinsheim, 22. Dez. (Weihnachtsverkehr.) Infolge der Ablieferung der nach den Waffenstillstandsbedingungen an die Entente abzugebenden Lokomotiven und Eisenbahnwagen wurde der ohnehin schon seit längerer Zeit bestehende Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven und Wagen ganz empfindlich vergrößert.

in der Kohlenversorgung. Sonderzüge, Vor- oder Nachzüge für den Weihnachtsverkehr können daher nicht gefahren werden. Bei dem sehr eingeschränkten Fahrplan muß mit Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs gerechnet werden.

Sinsheim, 22. Dez. (Versorgungsgebühren.) Die Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren werden daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gebühren bei den Postanstalten am 28. Dezember stattfindet.

Sinsheim, 22. Dez. (Heimatspost nach Osten.) Die Heeresangehörige in den besetzten Ostgebieten klagen über das Ausbleiben der Heimatspost. Wie beobachtet wurde, halten deren Angehörige die Post zurück in der irrigen Meinung, deren Beförderung wäre ausgeschlossen.

Sinsheim, 21. Dez. (Weihnachtsfeier.) Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Sinsheim und Umgebung veranstaltet am nächsten Samstag den 28. d. Mts. abends 1/8 Uhr im Löwenaal eine Weihnachtsfeier.

Sinsheim, 20. Dez. (Kriegsanleihezahlung bei Pferdekäufen.) Auf Anfrage teilt die Bad. Landwirtschaftskammer mit, daß sie selbstverständlich bei allen Abgaben von Pferden Kriegsanleihen zum vollen Nennwert und bis zur Höhe des Pferdepreises in Zahlung nimmt.

Sinsheim, 20. Dez. (Umsatzsteuer.) Es besteht vielfach die Ansicht, das am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz werde infolge der Ereignisse der letzten Wochen nicht ausgeführt werden.

Sinsheim, 22. Dez. (Winteranfang.) Am heutigen Tage haben die Tage ihre kürzeste Ausdehnung erlangt, ihre Länge beträgt nur noch 7 Stunden 37 Minuten.

Neckarbischofsheim, 22. Dez. (Wahlversammlung.) Heute Nachmittag fand im Saale des Gasthauses zur Krone hier eine stark besuchte Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei statt.

Sinsheim, 22. Dez. (Weihnachtsverkehr.) Infolge der Ablieferung der nach den Waffenstillstandsbedingungen an die Entente abzugebenden Lokomotiven und Eisenbahnwagen wurde der ohnehin schon seit längerer Zeit bestehende Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven und Wagen ganz empfindlich vergrößert.

Sonne einst wieder aufgehen. Lebhafter Beifall bezeugte das Entverständnis der Zuhörer mit dem Gehörten. In der sich anschließenden Aussprache wies Herr Gemeinderat Ruppert auf die Notwendigkeit der reiflichen Wahlbeteiligung des Bürgertums, insbesondere der Frauen, hin und mahnte im Hinblick auf die gut organisierte Sozialdemokratie zu einmütiger Pflichterfüllung.

Aus dem Bezirk, 23. Dez. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hielten gestern in Grombach eine Versammlung ab, indem sie eine Volksversammlung ankündigten. Auf Befragen, was das für eine Volksversammlung sei, erklärten sie, es sei eine Zentrumsversammlung.

Von der Eisen-, 20. Dez. (Die Zusammenfassung der Gemeinderäte.) Die vorläufige Volksregierung hat angeordnet, daß in Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern, in denen die Arbeiterschaft im Gemeinderat keine Vertretung hat, der Gemeinderat auf Antrag des örtlichen Volkstrates auch durch Zuwahl von bis zu zwei weiteren Mitgliedern ergänzt werden kann.

Rappenaun, 20. Dez. (Ernennung.) Die Forst- und Domänenverwaltung hat den Finanzassistenten Joseph Kottenecker dahier zum Finanzsekretär ernannt.

Wiesloch, 20. Dez. Der Mord der kürzlich hier verübt wurde, ist noch nicht geklärt. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg erläßt ein Ausschreiben und setzt für die Ermittlung des Täters und die Erkennung des Ermordeten eine Belohnung aus, Photographien des Ermordeten sind von der Staatsanwaltschaft veröffentlicht worden.

Birkenau, 19. Dez. (Erwischte Diebe.) Heute nacht wurden an der Hauptstraße von der hiesigen Sicherheitswache zwei Strolche mit einem Handbarren angehalten, in welchem sich 8 Gänse, 7 Hühner, 2 Ziegen und 1 Kaninchen befanden, die sämtlich abgeschlachtet waren.

Pforzheim, 20. Dez. (101 Jahre alt.) Die älteste Frau Pforzheims, Frau Karl Schneider Witwe Elisabeth geb. Spielmann, ist im Alter von 101 1/2 Jahren gestorben.

de Jahr, 19. Dez. (Schwer verletzt.) Der Heizer Hermann Hänsler aus Sulz ist in einer hiesigen Fabrik schwer verunglückt. Beim Auflegen eines Treibriemens brachte er den linken Arm in die Maschine, wodurch dieser so zugerichtet wurde, daß er im Bezirkskrankenhaus zum größten Teil abgenommen werden mußte.

Danzig, 10. Dez. (Englische Andenkensammler.) Am Andenken an Danzig zu haben, entrisst nachts englische Offiziere den Deutschen vor Marinelagern stehenden Wachposten die Karabiner. Englische Matrosen stahlen im Hafen hängende Rettungsgürtel mit der Aufschrift: Magistrat der Stadt Danzig.

Der hohen Weihnachtsfesttage wegen fällt die Donnerstagsnummer des Landboten aus. Die nächste Nummer wird am Freitag ausgegeben.

Einladung zur Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung.

Nach Verordnung der Badischen vorläufigen Volksregierung vom 20. November 1918 ist die Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden Badischen Nationalversammlung am Sonntag, den 5. Januar 1919 vorzunehmen.

Der I. Wahlbezirk wählt im oberen Rathausaal und zwar die Wahlberechtigten von Haus Nr. 1 bis mit Haus Nr. 280 und die vom hiesigen Standort wahlberechtigten Militärpersonen.

Der II. Wahlbezirk wählt im unteren Rathausaal und zwar die Wahlberechtigten von Haus Nr. 281 bis mit Haus Nr. 574 und Hof Zimmelhausen.

Nicht wahlberechtigt sind Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden (§ 34, Ziff. 4 R.-Str.-G.-B.) Wahlbar sind diejenigen Wahlberechtigten, welche am Tage der Wahl das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

Sinsheim, den 21. Dezember 1918. Der Gemeinderat: Laubis.

Tierfangverein Sinsheim.

Die Jahresmitgliedsversammlung wird auf Mittwoch, 8. Jan. l. J. abends 8 Uhr ins Nebenzimmer zum Löwen dahier fangtagsgemäß einberufen.

- Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Kassenbericht. 3) Berichterstattung des Liquidators und Prüfung seiner Geschäftsführung. 4) Antrag auf Löschung des Vereins im Vereinsregister. 5) Berichterstattung des Vorstandes (Wünsche und Anträge).

Sinsheim, 22. Dezbr. 1918. Für den Vorstand: Kömer, Vorsitzender.

Berlora

Zwanzig Mark sowie 2 Taschentücher in gelbem Briefumschlag. Abzugeben gegen Belohnung beim Landboten.

Braves tüchtiges Mädchen mit guten Zeugnissen sofort gesucht.

Frau Baum, geb. Frank.

Ordentlicher Junge kann das Maler- und Lüncherhandwerk gründlich erlernen.

Carl Schmitt, Maler- und Lünchermeister Heidelberg, Anlage 46.

Reines Malzextract.

Nähr- und Kräftigungsmittel in Dosen zu M. 2.20 empfiehlt die Apotheke in Sinsheim.

Unterricht

in Gabelberger Stenografie wird vom 1. Januar 1919 ab wieder erteilt (Anfängerkurs). Meldungen beim Vorstand Justizrat a. D. Schwenn Sinsheim.

Sehr gut erhaltene Futter Schneidmaschine hat preiswert zu verkaufen.

Leopold Rebel Gasthaus z. Ochsen Grombach.

„Gutes Brot“ erhalten Sie in den neuesten Patentbacköfen bei 700° Holzspartnis; weiter: Rührapparate, Küchengeräte, Kesselöfen, Rührschneider, Knochenmühlsteine, Reifeformen, beschlagnahmefreies Gestrügendöl etc.

H. Jähner, Bruchsal, Neutorstr. 1.

Tabak.

Die beste Vorschrift zum Anbau, zur Behandlung und Selbstherstellung des echten Rauchtabaks für 1 M. durch H. C. Varrat, Weiheim (Obbay.), Postfachkonto München Nr. 11837.

Einladung.

Die Pfarngemeinde Sinsheim veranstaltet am Stefanstag, abends 8 Uhr im Löwenaal einen

Ehrenabend

für ihre heimgekehrten Krieger. Sie ladet die Kriegsteilnehmer mit ihren Angehörigen zur Feier ergebenst ein.

Sinsheim, den 23. Dezember 1918. Kathol. Stadtpfarramt: Resfle, Pfarrer.

Statt besonderer Anzeige.

Unerwartet entschlief gestern meine liebe Mutter, unsere gute Großmutter

Mina Rosenberger

im Alter von 78 Jahren, wovon wir alle Bekannten tiefbetrübt in Kenntnis setzen.

Sinsheim, den 23. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen: in deren Namen M. Rosenberger, Lehrer.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr statt.